

R e d e

des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der UdSSR, Genossen E. A. Schewardnadse, auf
der Tagung des Komitees der Außenminister
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages
am 29. und 30. März 1988 in Sofia

Lieber Genosse Mladenow!

Liebe Kollegen!

Da mit dieser Sitzung die Arbeit unseres Komitees offiziell aufgenommen wird, gestatten Sie mir, die Freude über unser Treffen zum Ausdruck zu bringen und unseren bulgarischen Freunden für dessen ausgezeichnete Organisation zu danken.

Vor meiner Abreise interessierte sich M. S. Gorbatschow für die Tagesordnung unserer Tagung; er äußerte seine Genugtuung darüber, daß das Komitee der Minister für Auswärtige Angelegenheiten in der Tat zu einem aktiven Organ unseres Bündnisses geworden ist, daß sich in ihm die Praxis einer offenen kameradschaftlichen Debatte durchgesetzt hat, Elemente des Formalismus verschwunden sind, und ein kritisches und schöpferisches Herangehen an die Lösung der vor der Außenpolitik der sozialistischen Gemeinschaft stehenden Aufgaben an den Tag gelegt wird.

Michail Sergejewitsch bat mich, Ihnen und durch Sie den führenden Persönlichkeiten der Bruderländer Grüße und beste Wünsche zu überbringen.

In letzter Zeit treffen wir uns häufiger, tauschen häufiger Meinungen aus, dennoch verspüren wir einen Bedarf an kollektivem Nachdenken. Dafür gibt es ernsthafte Gründe. Die Weltpolitik ist in eine Periode rascher und mitunter überaus tiefgreifender Wandlungen eingetreten, und unsere Länder stehen nicht abseits als Beobachter dieses Prozesses. Mit gutem Grund können wir behaupten, daß die sozialistische Gemeinschaft mit ihrer dynamischen Politik in starkem Maße auf die internationale Sphäre einwirkt.

An dieser Stelle möchte ich die organische und enge Verknüpfung der Innenpolitik mit der Außenpolitik unterstreichen. Die allgemeinen Tendenzen zur Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens der Bruderländer in allen Bereichen, die positiven strukturellen Veränderungen - sei es in der Wirtschaft oder im sozialen Bereich - und die Vertiefung der Prozesse der Demokratisierung

haben der außenpolitischen Strategie im Sozialismus natürlich einen aktiven und offensiven Charakter verliehen. Eine Folge dessen ist die Wiederbelebung der Autorität der sozialistischen Idee, die fortschreitende Wiedererlangung einst verloreener Positionen und dementsprechend eine breite internationale Unterstützung durch die progressiven Kräfte.

Für uns, Ihre sowjetischen Freunde, ist der Zusammenhang dieser Tendenz und der in unserem Lande sich vollziehenden Umgestaltung unbestreitbar. Wenn wir sie auch mit einiger Verspätung begonnen haben, so wird das Versäumte doch rasch aufgeholt, wovon man sich anhand der wichtigen Fortschritte in den inneren und internationalen Angelegenheiten überzeugen kann. Fest überzeugt von der Unumkehrbarkeit dieses Prozesses vertrauen wir auf unsere eigenen Kräfte und die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Unser Optimismus gründet sich auch auf die Unterstützung unserer Freunde, auf das moralisch-geistige und politische Mandat der führenden Repräsentanten und der Öffentlichkeit der Bruderländer.

Dies soll kein Eigenlob sein. Wenn das internationale Gewicht der Gemeinschaft auch tatsächlich zunimmt, so erhöht sich direkt proportional auch das Maß ihrer Verantwortung.

Ob sich die für die Interessen des Sozialismus günstigen Tendenzen festigen werden, und mit welchem Tempo, in welchem Raum sie sich entwickeln werden, all das ist weder uns, noch der übrigen Welt gleichgültig.

Wir können in optimalen Parametern unserer Außenpolitik handeln, wenn wir den Charakter des gegenwärtigen internationalen Moments richtig einschätzen, die herrschenden Strömungen bestimmen und herausfinden, woher der Rückenwind und woher der Gegenwind weht.

Im Zusammenhang damit möchte ich den Kollegen einige Überlegungen mitteilen.

Wie wir schon mehrmals hervorgehoben haben, ist die Dominante unserer Zeit der unumkehrbare und weit vorangeschrittene Prozeß der Herausbildung einer einheitlichen, ganzheitlichen und von Wechselbeziehungen gekennzeichneten Welt.

Die vier grundlegenden Dimensionen der Politik - die militärpolitische, ökonomische, humanitäre und ökologische - haben ein wirklich globales Ausmaß erlangt.

Als interessante und bedeutsame Folge dieses Prozesses kommt es zu einer zunehmenden Übereinstimmung der Entwicklungszyklen in verschiedenen Staaten. Bei den Staaten der einen Gruppe nähern sich die Wachstumsraten immer mehr an. Es gibt einen globalen Waren-, Dienstleistungs- und Wertpapiermarkt.

Der technologische Fortschritt übt einen widersprüchlichen Einfluß auf die allgemeine Situation aus. Einerseits "sortiert" er die Staaten nach unterschiedlichen "Gewichts"-gruppen, andererseits nivelliert er das Kräfteverhältnis zwischen den Ländern, indem er zur Verbreitung beispielsweise moderner Waffenarten beiträgt. Im ersten Falle destabilisiert er die Lage, da er die Kluft in bezug auf das Lebensniveau der Völker vertieft, und im zweiten Falle übt er einen insgesamt stabilisierenden Einfluß aus, da die Ausmaße des einen oder anderen Staates und dessen Rüstungsarsenale ihm keine realisierbare Überlegenheit geben.

Im Grunde genommen werden alle Länder in größerem oder geringerem Maße mit bedeutend härteren Einschränkungen in ihrer Politik aus ökonomischen, ökologischen und humanitären Erwägungen heraus konfrontiert.

Es verändert sich die Vorstellung von den Prioritäten in der nationalen Entwicklung. Unter dem Gesichtspunkt der Perspektive

der Politik ist wahrscheinlich die Prüfung der Frage des potentiellen Niveaus der Verteidigungsausgaben von größtem Interesse. Möglicherweise kann man jetzt zum ersten Mal in den Nachkriegsjahren vom Entstehen einer relativ eindeutigen Tendenz zur Verringerung der Militärausgaben in den meisten Staaten beziehungsweise zumindest zu ihrer Stabilisierung sprechen.

Die Wirtschaft, die soziale und humanitäre Sphäre üben heute einen in immer stärkerem Maße bestimmenden Einfluß auf die Politik im allgemeinen und die konkrete politische Wahl im besonderen aus.

Dies ist zweifellos ein weites Thema für eine Erörterung. Für uns ist es wichtig, diese Tendenzen zu verstehen, da sie jene objektiven Realitäten gestalten, in denen die Außenpolitik verwirklicht werden soll.

Wenn die Schlußfolgerung stimmt, daß die Lebensbedürfnisse eines Staates strengere Grenzen für die Militärausgaben setzt, und wir wirklich in die Phase eintreten, in der die Rüstungsbestrebungen verringert werden, dann kann das überaus bedeutende Folgen für die Politik haben.

Es bilden sich völlig andere Bedingungen für den Kampf zur Beendigung des Wettrüstens, die Beseitigung der nuklearen und chemischen Waffen und die stetige Entwicklung der Zone der Zusammenarbeit zwischen den Staaten heraus.

Für uns, die sozialistische Gemeinschaft, ist daher nicht ein allgemeines Programm für Frieden und Sicherheit - sei es auch noch so attraktiv -, sondern sind konkrete praktische Vorschläge doppelt wichtig, die in die Bahn der in der Öffentlichkeit herrschenden Strömungen gelenkt würden.

Ich denke, daß wir objektiv und ernsthaft die europäische politische Situation untersuchen sollten, wie sie sich im Zusammenhang mit dem sowjetisch-amerikanischen Dialog zu den nuklearen Rüstungen gestaltet.

Die NATO-Ratstagung in Brüssel bot ein widersprüchliches Bild. Sie hat jedoch eindeutig gezeigt, daß in der westlichen Welt die intensive Suche nach Antworten auf die neuen Realitäten und die neue Politik der sozialistischen Länder sowie auf das sich verändernde gesellschaftliche Bewußtsein begonnen hat.

In den Mittelpunkt ihrer Politik stellen die NATO-Länder Fragen der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte und das Problem von Vertrauen und Offenheit in den militärischen Angelegenheiten. Bekanntlich gibt es bei ihnen spezielle Gruppen zur Vorbereitung von Programmen, die sie unseren gemeinsamen Initiativen im Bereich der europäischen Sicherheit beabsichtigen gegenüberzustellen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfügt unser Bündnis über eine solide konzeptionelle Basis und eine attraktive Grundlage für praktische Aktivitäten.

Die Eigenart der Wege der Entwicklung jedes Landes der Gemeinschaft und die Spezifik der Lebensverhältnisse in der europäischen Sphäre finden ihre vollständige und direkte Widerspiegelung in der Außenpolitik der Bruderstaaten. Davon zeugen in einleuchtender Weise die attraktiven perspektivischen Ideen und Initiativen, die durch die Autorität der ganzen Gemeinschaft aktiv unterstützt werden.

Das sind die Vorschläge der DDR und der CSSR sowie die Rumäniens und Bulgariens zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in einzelnen Regionen des Kontinents und chemiewaffenfreier Zonen.

Das ist der "Jaruzelski-Plan", der einen Maßnahmenkomplex zur Verringerung der Rüstungen und zur Erhöhung des Vertrauens in Europa vorsieht.

Das ist die Idee der tschechoslowakischen Freunde zur Schaffung einer Zone des Vertrauens, der Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen entlang der Berührungslinie zwischen den beiden

Militärbündnissen.

Das ist der Appell des Genossen Honecker an Kanzler Kohl mit dem Vorschlag zur Verwirklichung erstrangiger Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent und zur Schaffung einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens.

Das ist die Initiative der drei Parteien - der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der Finnischen Sozialdemokratischen Partei und der Italienischen Sozialistischen Partei - zur Zusammenarbeit nichtkernwaffenbesitzender Länder im Interesse der Abrüstung Europas.

Wir haben auch ein gemeinsames Programm der Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen, das auf der Budapester PBA-Tagung angenommen wurde.

Es wäre aber sicherlich falsch, wenn man meinte, daß dieses Programm heute noch genauso effektiv ist wie zum Zeitpunkt seines Erscheinens. In der Politik wird die Aufmerksamkeit schnell auf neue Vorschläge gelenkt. Deshalb muß man damit rechnen, daß von nun an im Bewußtsein vieler die Vorstellung dominieren wird, die Brüsseler Erklärung sei eine Arbeitskonzeption des heutigen Tages, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie schon nach Abschluß des Vertrages über die Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite abgegeben wurde.

Man hat das Gefühl, daß man die NATO-Aktion mit einer ebenfalls kollektiven Aktion unseres Bündnisses beantworten müßte. Diese sollte unserer Auffassung nach einfach, streng von der Form her, konkret in bezug auf den Inhalt und flexibel unter dem Gesichtspunkt des Mechanismus ihrer Verwirklichung sein.

Es geht nicht darum, etwas Neues oder Supermodernes zu erfinden. Die von der Gemeinschaft bereits unterbreiteten individuellen und kollektiven Vorschläge enthalten eine Menge ausgezeichnete Ideen. Das Problem besteht hier nur darin, die Ideen herauszusuchen, die den gegenwärtigen Stimmungen der Europäer entsprechen

und in irgendetwas mit den NATO-Vorschlägen übereinstimmen, und dies in ein aussagekräftiges und umfangreiches Dokument zu kleiden.

Die Abrüstungskommission und die Gruppe für operative gegenseitige Information unseres Komitees . könnten einerseits eine eingehende Analyse der Positionen der westeuropäischen Länder vornehmen und andererseits an Inhalt und Zusammenstellung einer möglichen neuen Initiative der Länder der sozialistischen Gemeinschaft arbeiten.

Die Reaktion der Amerikaner auf unseren Vorschlag, Daten über die Stärke der konventionellen Streitkräfte und die Zahl der konventionellen Rüstungen in Europa auszutauschen, zeugt davon, daß sie am allerwenigsten daran interessiert sind, das wahre Bild in bezug auf das Kräfteverhältnis zu zeigen, und daß sie sich sehr wohlfühlen, wenn sie mit ausgewählten Vergleichen operieren.

Weshalb sonst hat Shultz die Idee abgelehnt, die alles an seinen Platz stellen würde? Haben wir uns doch dafür ausgesprochen, daß jedes militärpolitische Bündnis Zahlen über die bei ihm vorhandenen Kräfte in Europa vom Atlantik bis zum Ural sowie seine Angaben über die Stärke der Kräfte der anderen Seite anführt. Wir brachten unsere Bereitschaft zum Ausdruck, die Zahlen nach geografischen Regionen - Mitteleuropa, der europäische Norden und Süden des Kontinents - und wenn erwünscht, auch nach einzelnen Ländern aufzuschlüsseln. Wir haben konkrete Fristen genannt: Zum 15. April sollte das Zahlenverzeichnis abgestimmt und zum 15. Mai veröffentlicht werden.

Es wären alle Asymmetrien, Ungleichgewichte und Überlegenheiten zu übersehen. Wie wir schon vermutet hatten, erwies sich dies jedoch nicht als das, was die Amerikaner und der Westen brauchten. Ihr Interesse besteht darin, die Menschen weiterhin mit der "gewaltigen Überlegenheit" des Warschauer Vertrages bei den konventionellen Rüstungen einzuschüchtern. Für diese Haltung müssen wir den Westen mit propagandistischen Mitteln streng maßregeln und seine Heuchelei deutlich machen.

In letzter Zeit ist es uns gelungen, gemeinsam die erforderliche Vielfalt in das Arsenal unserer Vorschläge hineinzubringen, indem wir sie mit einzelnen Regionen und Staatengruppen Europas verknüpft haben.

Es gibt selbständige Programme für Mitteleuropa, den europäischen Norden, den Mittelmeerraum und den Balkan. Die kürzlich beendete Konferenz der Außenminister aller Balkanstaaten bekräftigt das Vorhandensein von Möglichkeiten für eine erfolgreiche Tätigkeit auf subregionalen Ebenen. Eine solche Konferenz ist viel mehr wert als Initiativen auf dem Papier.

Aktiver wirkt die Gemeinschaft auch in der humanitären Richtung und im Bereich der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

Natürlich gibt es bei uns viel Unvollendetes. Hauptsächlich ist es aber wahrscheinlich so, daß wir häufig mit unseren Aktionen zu spät kommen. Ich würde sagen, daß auch in unserer Diplomatie vom Entstehen einer Idee bis zu ihrer Verwirklichung eine unzulässig lange Zeitspanne liegt. Und noch ein weiteres Ärgernis - die übermäßige Formalisierung unserer Vorschläge. Leider glauben wir noch fest an die magische Kraft eines sorgfältig ausgefeilten Dokuments.

Ich denke, daß, wenn wir irgendwann Zeit finden, um unsere Handlungen zu analysieren, sagen wir auf dem Wiener Treffen, dann werden wir auch eine Bestätigung für das oben Gesagte finden.

Heute muß man jedoch darüber sprechen, wie man schneller und mit Ergebnissen dieses Treffen abschließen kann. Insgesamt ist die Situation hier und heute um vieles besser, es gibt Möglichkeiten, gegenseitig annehmbare Varianten zu finden. In der abschließenden Etappe ist es sehr wichtig, daß unsere Delegationen eng ihre Arbeit koordinieren.

Ich denke, daß sich zu einem bestimmten Zeitpunkt unsere Stellvertreter treffen müssen, um sich endgültig zu den Kompromißvarianten festzulegen.

Ich berühre kurz die Frage der Beziehungen zwischen RGW und EWG. Das am 16. und 17. März durchgeführte Expertentreffen hat gezeigt: Es gibt bis zum Juli eine reelle Möglichkeit, das heißt, bis zum Ablauf der Frist des Vorsitzes der BRD in der EWG, eine gemeinsame Deklaration über die Herstellung offizieller Beziehungen zwischen dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu unterzeichnen. Der Deklarationsentwurf ist abgestimmt mit Ausnahme des territorialen Vorbehalts (des Westberliner). Gegenwärtig werden im RGW Varianten der Auflösung in dieser Frage erörtert. Das würde die Möglichkeit geben, demnächst den Prozeß der Regulierung der Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG abzuschließen. Nach der Unterzeichnung der Deklaration oder gleichzeitig mit ihr würden auch die offiziellen Beziehungen der einzelnen Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe mit der Europäischen Gemeinschaft hergestellt.

Unter den heutigen Bedingungen hat sich die Frage hinsichtlich der Arbeit mit der europäischen öffentlichen Meinung stark verschärft. Sie hat sich deswegen verschärft, weil der Prozeß des Umdenkens der früher existierenden Vorstellungen an Tempo gewinnt. Entsprechend müssen unsere Vertreter dorthin gehen, wo in bedeutendem Maße die neuen Ansichten auf die Ordnung der Dinge formiert werden - in den Europa-Rat, in die westeuropäische Union, in die Nordatlantische Versammlung und das Europa-Parlament.

Lange Jahre waren diese Organisationen unsere aktiven Opponenten. Jetzt hat sich dank der inneren Erneuerung in unseren Ländern eine günstigere Lage für eine konstruktive Arbeit mit diesen Organisationen entwickelt.

Etwas wird schon in dieser Richtung gemacht. Die bulgarischen Freunde haben eine Initiative zur Durchführung eines Treffens von Parlamentariern europäischer Länder zu Fragen kernwaffenfreier Zonen auf dem Balkan und in anderen Gebieten Europas ergriffen.

Die polnischen Genossen planen, in Warschau Treffen der Parlamentspräsidenten der Teilnehmerstaaten der KSZE durchzuführen. Wir unterstützen die Kontakte mit dem Europaparlament.

Im Interesse der Sache wäre es lohnenswert, die Frage der Schaffung eines interparlamentarischen Organs der sozialistischen Länder beschleunigt durchzuarbeiten.

Kurz etwas zur bevorstehenden Sondertagung der UN-Vollversammlung über Abrüstung.

Für unsere Länder ist dies eine zusätzliche Möglichkeit, in der UNO den Dialog über ein umfassendes System der Sicherheit, vor allem über dessen militärische Aspekte, zu entwickeln.

Wir teilen das Streben der meisten Länder nach maximaler Konkretheit des Schlußdokumentes der Tagung, natürlich auf der Grundlage des Interessenausgleichs aller Staatengruppen.

Nach Beendigung der Sondertagung sollten wir uns, wahrscheinlich unter Berücksichtigung ihrer Ergebnisse, konsultieren, wie in der UNO die Konzeption des umfassenden Friedens und der internationalen Sicherheit weiter vorangebracht werden kann.

Die Erfüllung des Beschlusses der Berliner Tagung des PBA hat dem Arbeitsmechanismus unseres außenpolitischen Zusammenwirkens klarere Konturen verliehen. Die Arbeit der neuen Organe - der multilateralen Gruppe für operativen Informationsaustausch und der Sonderkommission für Abrüstungsfragen - ruft insgesamt keine besonderen Bemerkungen hervor. Das Gefährlichste in ihrer Arbeit sind Erscheinungen des Formalismus. Bisher gibt es solche jedoch wohl nicht. Möglicherweise sollten sich nach einiger Zeit, in dem Maße, wie die Gruppe und die Kommission praktische Erfahrungen sammeln, unsere Stellvertreter beraten, wie die Effektivität ihrer Arbeit erhöht werden könnte.

Die Bildung zweier neuer Organe löst nicht die Aufgabe der Vervollkommnung der politischen Infrastruktur unseres Bündnisses. Vielleicht sollte man sich mit der Zeit über die Schaffung eines ständig tätigen politischen Organs Gedanken machen, das auftretende außenpolitische Fragen operativ erörtern und Empfehlungen an die Führung operativ vorbereiten könnte. Lassen Sie mich jetzt wieder von den Fragen der konkreten Arbeit zu einigen allgemeinen Aussagen übergehen. Dem Genre nach wird das ein lautes Denken sein, das, wie ich glaube, in unmittelbarster Beziehung zum Inhalt und den Formen der Arbeit unseres Komitees steht.

Die neue Dimension, die in den internationalen Beziehungen nach Abschluß des Vertrages über die Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite entstanden ist, erfordert eine größere Tiefe der gedanklichen Erfassung des Kräfteverhältnisses. Wir benötigen eine Prognose der Entwicklung der Situation sowohl innerhalb als auch außerhalb unseres Bündnisses. Besonders benötigen wir sie auf Grund der schnellen Veränderungen im qualitativen Zustand der Welt. Gestatten Sie in diesem Zusammenhang, daß ich mich auf den Gedanken M. S. Gorbatschows über die Politik berufe, die nur dann real sein kann, wenn sie den neuen Inhalt der Zeit berücksichtigt. "Für die Bewegung der Geschichte an der Schwelle des zwanzigsten zum einundzwanzigsten Jahrhundert", sagte Michail Sergejewitsch, "wird eine beständige Wahl charakteristischer".

Ich würde hier das Wort "beständig" betonen. Die Beständigkeit der kolossalen Veränderungen um uns und in uns sprengt das Vorgegebensein der bisherigen Zielsetzungen und stimuliert die permanente Suche nach einer Wahl. Die ganze Frage läuft darauf hinaus, wie weit wir dazu bereit sind.

Diese Frage steht nicht nur vor uns. Im Westen z. B. konzentriert sich das kritische Denken immer häufiger auf die Fähigkeit der führenden Männer, die in diesem oder jenem Bereich tätig sind -

von der Politik bis zur Marktforschung - den Verlauf der Entwicklung vorauszusehen, Probleme zu analysieren, Lösungen unter Berücksichtigung früher festgelegter Ziele vorzuschlagen, Mittel zu mobilisieren und über deren Nutzung zu verfügen.

Und immer häufiger unter Berücksichtigung der Erfahrungen der letzten zwei/drei Jahrzehnte kommen sie zu der Schlußfolgerung, über katastrophale Fehlkalkulationen auf dem Gebiet der Prognostizierung. Die Ursache sehen sie nicht in einem Mangel an Vernunft und Willen, sondern in der Diskrepanz zwischen den Ausmaßen der Ereignisse und dem Vermögen, ihren Lauf zu kontrollieren.

Im besten Falle, sagen die Analytiker, werden die richtigen Beschlüsse in begrenzten Raumzeitrahmen und in den Grenzen einzelner Staaten ohne Berücksichtigung der Gesamtheit der internationalen Probleme gefaßt. Die Behandlung der laufenden Angelegenheiten, oftmals äußerst schwieriger, trübt die Bestimmungen der Perspektiven für die Aufgabe.

Eine mehr oder weniger erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe ist nur unter der Bedingung einer zielgerichteten Zusammenarbeit der Staaten möglich.

Unser Bündnis und unsere Zusammenarbeit im Rahmen des Bündnisses kann und muß das Erreichen eines solchen Zieles erleichtern. Ist doch dem Wesen nach diese Funktion der Staatengemeinschaft von Anfang an eigen. Heute existieren alle Bedingungen für deren vollständigere Darstellung. Aus dieser Lage ergeben sich für das Komitee der Außenminister sowohl zutiefst praktische Aufgaben, die die Formen seiner Arbeit betreffen, als auch die Notwendigkeit der Bereicherung der Philosophie unseres Zusammenwirkens selbst.

Ihr Kern ist in der Idee der Schaffung eines Systems der allumfassenden Sicherheit zu sehen, die wir zum ersten Male in der Praxis der Staatengemeinschaft in der Organisation der Vereinten Nationen vorbringen.

Es gibt nichts Schlimmeres als wenn ein falsches Ziel gestellt wird. Unser Ziel ist zweifelsohne richtig. Aber selbst ein richtiges Ziel verliert seine Richtigkeit, wenn das Moment der Bewegung verloren-

geht, und wenn es keine ständige Vervollkommnung und Bereicherung des Herangehens dazu gibt.

Fast jeder Tag bringt uns Beweise für die gefährliche Schadensträchtigkeit des Fundamentalismus. Gewöhnlich wird dieser Terminus mit den Handlungen einiger östlicher Regimes und Strömungen assoziiert. Dennoch ist der Fundamentalismus nicht nur in seiner sozusagen moslemischen Variante gefährlich. Um richtig verstanden zu werden, sage ich, daß eine solche Richtung des Denkens sich auch in unserer Gesellschaft zu erkennen gibt. Und unsere Wirklichkeit bietet viele Beispiele dafür, zu welcher unerwünschten Folgen die übermäßige Erstarrung in "Glaubensdogmen" führt. Wir haben uns schon mehrmals davon überzeugt, daß es ein unzulässiger Luxus ist, sich im Würgegriff an alte Rettungsringe zu klammern. In den Stürmen von heute können sie schon nicht mehr retten.

Kürzlich hatte ich in Moskau ein Treffen mit einer Gruppe amerikanischer Senatoren und Wissenschaftler. Der Direktor des Harriman-Instituts, Legwoud, fragte mich, welche Lehren aus der Vergangenheit im Lichte der von ihnen prognostizierten "neuen Entspannung" für die Zukunft die wichtigsten seien.

Ich antwortete ihm sehr offen, daß eine Konfrontation weder im Interesse der UdSSR und der USA noch der gesamten Weltgemeinschaft sei.

Im vergangenen Jahr sprachen in Washington einige amerikanische Senatoren beunruhigt mit mir darüber, daß sich in der Zeit, da ihr Land versucht, uns durch das Wettrüsten auszubluten, andere Länder weit entfernen und drohen, sie in der Wirtschaft weit zu überholen. Der Hintergrund dieser Reden ist klar: "Überprüfen wir nochmals die Prioritäten und denken wir darüber nach, wie wir besser der Zukunft begegnen können".

Ebenfalls darüber spricht mit ständigen Andeutungen und direkt Shultz, ein Pragmatiker bis ins Mark, den sein Widerwillen gegenüber dem Sozialismus nicht daran hindert, wiederum im Interesse seines Landes, Kompromisse mit uns zu suchen.

Vor einigen Tagen berührte er in Washington erneut dieses, wie ich denke, für ihn generelle Thema der gefährlichen Wechselbeziehung zwischen dem Zutritt anderer zu Höchsttechnologien, der Weiterverbreitung von Kernwaffen sowie der potentiellen politischen Verantwortungslosigkeit. Bereits einige Länder haben die Schaffung von Interkontinental-Raketen zustande gebracht. Es zeigt sich schon die Möglichkeit der Vereinigung von Interkontinental-Raketen mit der "Kernwaffe der Armen" - den chemischen Sprengköpfen.

Vor dem Hintergrund des Fundamentalismus einiger Staatsfunktionäre erscheint eine solche Perspektive besonders unheilsschwer. Und die Besessenheit der gegenwärtigen amerikanischen Administration von der strategischen Verteidigungsinitiative - da der "Traum" von der ersten Generation weltraumgestützter Waffen ihr das Tageslicht verdunkelt - birgt die Gefahr in sich, daß die USA von neuen Wirtschaftsgiganten unbemerkt überholt werden.

Er spricht nicht direkt davon, eine solche Andeutung zieht sich jedoch durch seine Reden hindurch. Es ist paradox: das anerkannte Oberhaupt des konservativen "Brain Trusts" Amerikas teilt seine Besorgnisse einem Vertreter des Landes mit, das die Vereinigten Staaten nach wie vor als ihren "Feind Nummer 1" ansehen.

Ich glaube nicht, daß dies ein Aufruf zur Verbündung war - dazu wird es offensichtlich niemals kommen. Eher ist dies eine Aufforderung, mit nachzudenken über neue Formen des Zusammenlebens unter den Bedingungen der zunehmenden Gefahren der Zeit.

Eindeutiger spricht sich dahingehend der ehemalige US-Präsident Nixon aus, der in seinen Anschauungen viel weiter rechts steht als der gegenwärtige Außenminister der USA, und den man in keiner Weise einer Zuneigung zum Sozialismus und zur Sowjetunion verdächtigen kann. Bei der Vorhersage der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt gegen Ende dieses Jahrhunderts und der Erhöhung der Bedeutung der drei geopolitischen Giganten - Westeuropa, Japan und China - schlußfolgert er nichtsdestoweniger überzeugt, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eines der bedeutendsten Interessen vereint - nicht zuzulassen, daß

ein Kernwaffenkrieg aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen ausbricht. Wenn auch die beiden Supermächte niemals Freunde werden können, können sie es sich doch nicht erlauben, Feinde zu werden. Dieses gemeinsame Interesse an der Selbsterhaltung sei Bedingung dafür, daß es Frieden geben kann, ungeachtet politischer Meinungsverschiedenheiten, die die Unvermeidbarkeit der Fortsetzung des Konflikts diktieren.

Dann folgt eine für den Verfasser erstaunliche Schlußfolgerung: damit wir lernen, mit unseren Meinungsverschiedenheiten zu leben, statt wegen ihnen unterzugehen, sollten wir Verfahren zur Regelung dieser Differenzen mit nichtmilitärischen Mitteln erarbeiten.

Wüßte man nicht, von wem diese Worte stammen, so könnte man sich leicht vorstellen, daß es sich hier um einen uns Gleichgesinnten, einen überzeugten Anhänger der Politik der friedlichen Koexistenz handelt. Daß es nicht so ist, wissen wir. Die gegenwärtigen Realitäten jedoch - und noch mehr die morgigen - sind solcher Art, daß selbst der wütendste Habicht bewußt seinen Schnabel abwetzt.

Uns kann dies nicht täuschen. Die Ablehnung des Sozialismus, der Haß gegen ihn, das Bestreben, den Sozialismus von außen und innen zu unterhöhlen und unser Bündnis zu schwächen, bleiben dem kapitalistischen Westen angeborene und organische Merkmale. Die Idee der historischen Revanche ist von ihm nicht von der Tagesordnung abgesetzt worden. Die Konzeption eines differenzierten Herangehens an jedes Land der Gemeinschaft als Mittel zu deren Spaltung und Trennung bleibt weiterhin in ihrem Arsenal und wird ständig präzisiert, konkretisiert und fertiggestellt.

Unser gemeinsamer Opponent ist operativ und mobil in seinen Handlungen gegen uns. Er verzeiht uns keinen einzigen Fehler und versucht, bei jeder sich ihm bietenden günstigen Gelegenheit, uns zu bestrafen. Es wäre jedoch ein grober methodologischer und praktischer Fehler, auch andere Tendenzen zu ignorieren, nicht

zu bemerken und nicht zu berücksichtigen. In den Hirnen einer wachsenden Zahl von Politikern, staatlichen und gesellschaftlichen Funktionären, der wissenschaftlichen und schöpferischen Intelligenz und von Vertretern von Geschäftskreisen des Westens reicht die für ihn verhängnisvolle Idee der Haltlosigkeit früherer Wege und vertieft sich die Erkenntnis der Realitäten des nuklear-kosmischen Zeitalters. Immer mehr Intellektuelle beginnen zu begreifen, daß die Politik uns gegenüber auf anderen Grundlagen aufgebaut werden muß, daß die Beziehungen mit uns gestaltet werden müssen, indem man sich vom neuen politischen Denken leiten lassen muß.

Mir scheint, daß die oben angeführten Beispiele dies hinreichend überzeugend zeigen. Die Neueinschätzung traditioneller Ansichten führt bei vielen unweigerlich zu der Ansicht, daß der ewige Antagonismus der Klasseninteressen hinter die Priorität der allgemein menschlichen Interessen zurückweichen soll.

Dies ist eine objektive Notwendigkeit. Doch sogar sie gibt uns keinen Grund für ein Nachlassen in unseren Anstrengungen oder für Euphorie.

Die Märzrunde der Verhandlungen in Washington hat gezeigt, daß bei gegenseitigem Bestreben, einen akzeptablen Modus vivendi zu finden, es eine Grenze gibt, die nicht überschritten werden darf und kann. Trotzdem ruft die Tatsache keinen Zweifel hervor, daß der Weg in die Zukunft über die Suche einer Lösung der internationalen Probleme durch gemeinsame Anstrengungen von Ländern und Systemen führt, die ideologisch wenig miteinander vereinbar sind.

Offensichtlich ist auch die Tatsache, daß wir nicht diesen Weg betreten können, belastet mit veralteten Vorstellungen über uns selbst, über unsere Freunde und Verbündeten, über die gegenseitigen Beziehungen mit ihnen. Es ist unmöglich, mit dem Westen ein Gespräch auf gleicher Ebene zu führen, wenn man sich an der Peripherie der technologischen Welt befindet. Die ökonomische Zahlungsfähigkeit ist ein politischer Faktor. Die Modernisierung des Wirtschafts-

systems wird durch Sicherheitserwägungen, sowohl unserer als auch die unserer Freunde, bestimmt. Dieser Prozeß aber, wie wir uns überzeugt haben, ist auf das engste mit der ständigen Entwicklung, der Vervollkommnung der politischen Strukturen unserer Länder verbunden.

Ich spreche darüber in aller Offenheit. Wir haben hier nichts voreinander zu verbergen. Die Probleme, die uns beunruhigen, sind bekannt. Es gibt etwas Gemeinsames in den Schwierigkeiten, die sich im Leben der Bruderländer gezeigt haben, es gibt hier auch eine eigene Spezifik.

Man muß Mittel zur Vervollkommnung der wechselseitigen Beziehungen, ihrer Anpassung an die sich verändernden Bedingungen der uns umgebenden Welt suchen. Ich meine, daß sie, unter Beibehaltung der Orientierung auf eine weitere Festigung unseres Bündnisses flexibler, beweglicher und neuen Tendenzen gegenüber annehmbarer sein können. Offensichtlich muß man schon heute ihre möglichen künftigen Formen prognostizieren, womit die maximale Verwirklichung der Grundprinzipien des Sozialismus gemeint ist. Sind doch die Prinzipien allein wenig wert, wenn sie sich nicht in der Praxis in konkreten Handlungen verkörpern.

Indem ich laut darüber nachdenke, komme ich zu der Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, die Funktionen und Formen der Arbeit unseres Komitees mit neuen Blicken zu betrachten. Nach dem Erscheinen seiner Arbeitsorgane, die auf einer ständigen Grundlage arbeiten, könnte man von ihnen eine maximale Wirksamkeit anstreben, Stunden unseres Treffens für einen unmittelbareren und weniger formalen Umgang freisetzen. Möge dies ein direkter Meinungs-austausch über unsere gemeinsame Strategie der Staatengemeinschaft in der internationalen Arena sein oder das kollektive Erfassen entstehender Realitäten, ein offenes und mutiges Aufwerfen akuter Fragen, die die Öffentlichkeit unserer Länder beunruhigen, über die man aber gewöhnlich nicht im Kreise von Diplomaten spricht.

Möge dies zu guter Letzt eine kameradschaftliche Diskussion darüber sein, wie wir morgen zu leben und zu handeln haben, um den Herausforderungen der Zeit ohne Fehler zu antworten.

Man kann es aber auch anders machen. Es gibt in unseren Ministerien Abteilungen, die sich mit der Analyse, Planung und Prognose der Politik beschäftigen, warum sollten wir sie nicht beauftragen, eine solide Studie über die Tendenzen in der heutigen Welt, über die Entwicklungsperspektiven unserer Länder vorzubereiten? Es wäre gut, wenn dabei eine variantenreiche Prognose mit Schlußfolgerungen für unsere gemeinsame Politik herauskommt.

In dieser Sache haben wir noch keine Erfahrungen. Es scheint aber, daß wir bis zur nächsten Sitzung des Außenministerkomitees damit rechnen könnten, einen entsprechenden Bericht zu erhalten. Es ist offensichtlich besser, unsere gemeinsame Arbeit mit einem Treffen der Leiter unserer "Brain Trusts" zu beginnen. Sie könnten selbst übereinkommen, wie ihre Arbeit zu organisieren ist.

Dieser Vorschlag steht zur Kritik. Weniger denn je zuvor wollen wir unsere Ansichten und Meinungen zum Absoluten erheben. Außerdem achte ich die persönliche Freundschaft zu jedem meiner Kollegen viel zu hoch, so daß ich selbst unvoreingenommene Direktheit ihrer Meinungen begrüße.